

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

(Bizone und Gründung der BRD)

6.9.1946: Der amerikanische Außenminister Byrnes kündigt in einer Rede in Stuttgart eine neue Deutschlandpolitik an. Deutschland solle nicht mehr als Feindesland gesehen werden, vielmehr solle man den Deutschen helfen und einen wirtschaftlichen Aufbau fördern.

Dies will er mit 3 Punkten erreichen:

1. Aufheben der Zonengrenzen zwischen der britischen und amerikanischen Zone (=Schaffen der Bizone)
2. Eintreten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands
3. Bildung einer vorläufigen Deutschen Regierung

Der **Hungerwinter** 1946/ 1947 sehr streng (kalt) war und die damit verbundene große Not innerhalb der hungernden deutschen Bevölkerung bestärkte die Amerikaner, ihr Vorhaben schnell in die Tat umzusetzen.

(Im Januar 1947 wird die Bizone und der bizonale Verwaltungsrat geschaffen. Die Deutschen kümmern sich innerhalb dieser Verwaltungseinrichtung um Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft, Ernährung, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen.)

Münchener Ministerpräsidentenkonferenz (Frühjahr 1947)

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU, 1946-1954) lädt die Ministerpräsidenten aller 4 Besatzungszonen nach München ein, da er die Teilung Deutschlands in Ost und West befürchtet und diese verhindern will.

Die Ministerpräsidenten aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sollen darauf hinwirken, den Punkt „Politische Vereinigung Deutschlands“ auf alle Fälle auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Die Ministerpräsidenten der Französischen Besatzungszone dürfen aber keinesfalls über diesen Punkt sprechen, sondern nur über wirtschaftliche Fragen. Somit kommt in der Vorbesprechung keine Tagesordnung zustande und die Ministerpräsidenten der SBZ reisen wieder ab. Die Konferenz ist damit gescheitert. Sie war für lange Zeit das letzte gesamtdeutsche Treffen (bis 1970: Treffen Brandt – Stoph)

Bizone und deren Wirtschaftsrat in Frankfurt / Main - Trizone

Im Juni 1947 wird der **Wirtschaftsrat der Bizone** in Frankfurt/ Main gegründet, dem zunächst 52 Mitglieder aus den deutschen Länderparlamenten angehören, seit Februar 1948 sind es 104 Mitglieder. Exekutivorgan waren sechs Verwaltungen (Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Wirtschaft, Finanzen, Post- und Fernmeldewesen, Arbeit). Am 8. April 1948 tritt die französische Zone dem vereinigten Wirtschaftsgebiet bei, das sich daraufhin **Trizone** nennt. Bizone und Trizone sind als Vorläufer der Bundesrepublik Deutschland anzusehen.

Containment-Politik Trumans - Marshallplan

Nachdem die Sowjetunion (SU) auch in Griechenland und der Türkei versucht, die politischen Verhältnisse zu beeinflussen, beschließt der amerikanische Präsident Harry Truman im Frühjahr die Ausbreitung des Kommunismus einzudämmen (Truman-Doktrin – Containment-Policy). Er geht zunächst von einer Teilung der Welt in einen sowjetischen Einflussbereich (kommunistisch) und einen amerikanischen Einflussbereich (kapitalistisch) aus. Truman ist davon überzeugt, dass dies am besten mit wirtschaftlichen Mitteln geschieht, arme Länder sind seiner Meinung nach anfälliger für den Kommunismus. Die Folge ist das **European Recovery Program** (ERP), auch landläufig **Marshallplan** (benannt nach dem US Außenminister George C. Marshall) genannt. Allen europäischen Staaten, auch den osteuropäischen, die bereits in der Einflussphäre Stalins stehen, wird finanzielle Hilfe angeboten. Die SU und ihre Satellitenstaaten (insbes. Polen und die Tschechoslowakei) lehnen auf Anordnung Stalins diese Hilfe ab. Die SU verspricht als Pendant (Gegenstück) zum Marshallplan Hilfe aus dem von ihr ins Leben gerufenen **COMECON** (**Council of mutual economic aid/assistance** – **RGW-Rat** für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Allerdings ist der RGW lediglich ein „Rat“; Gelder, ähnlich denen des Marshallplanes fließen nicht. Bis 1952 fließen 13 Mrd. US-\$ in den wirtschaftlichen Aufbau Europas, allen 1,4 Mrd. US-\$ erhält Deutschland.

Weichenstellung der Trennung in Ost- und Weststaat

Nach dem Scheitern der Außenministerkonferenzen in London und Moskau gilt die 4-Mächte-Politik der einstigen Gegner Deutschlands, der Alliierten, für gescheitert. Die Spannungen zwischen den USA und der SU verstärken sich erheblich.

Auf der **6-Mächte-Konferenz von London** vom 20. April bis 2. Juni 1948 (Teilnehmer: USA, GB, F - Westalliierte, BeNeLux-Staaten (Belgien – Niederlande – Luxemburg), als direkte Nachbarn Deutschlands im Westen) beschließen die Westalliierten aus ihren Besatzungszonen einen deutschen Teilstaat zu gründen, der in ein westliches Bündnissystem eingebunden werden soll.

Am 1. Juli 1948 nach Währungsreform und der daraus resultierenden Berlin-Blockade überreichen die westlichen Militärgouverneure den Ministerpräsidenten ihrer Länder die **Frankfurter Dokumente**. Diese beinhalten folgende Punkte:

1. Die Ländergrenzen müssen überprüft werden
2. Die Ministerpräsidenten werden aufgefordert bis zum 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung (den Parlamentarischen Rat) einzuberufen.
3. Die Besatzungsmächte kündigen ein Besatzungsstatut an. In diesem soll festgelegt werden, welche Rechte der neue deutsche Staat haben soll und welche Mächte die Besatzungsmächte für sich behalten. (z.B.: Außenpolitik, Fragen der Wiedervereinigung). Der noch zu schaffende deutsche Staat soll also zunächst kein souveräner (eigenständiger) Staat sein.

Die Ministerpräsidenten sind über die in den Dokumenten enthaltenen Bedingungen nicht erfreut und wollen nur ein Provisorium (nichts Endgültiges) schaffen, da sie Deutschland nicht spalten wollen. Die Frankfurter Dokumente zielen allerdings auf die Spaltung Deutschlands ab, also der Schaffung eines West- und eines Oststaates. Daher wird die eigentliche „Verfassungsgebende Versammlung“ auch nur „Parlamentarischer Rat“ genannt.

Die auszuarbeitende Verfassung erhält aus diesem Grund die Bezeichnung „Grundgesetz“. Präsident des „Parlamentarischen Rates“ wird Dr. Konrad Adenauer (CDU).

Das **Grundgesetz** wird am 12. Mai 1949 von den Ländern der Trizone angenommen (nicht die Bevölkerung, sondern die Länder stimmen darüber ab). Damit endet die Berlin-Blockade, da nun die Teilung Deutschlands offensichtlich ist. Am 23. Mai 1949 (eigentlich 24. Mai 1949, 00:00 Uhr) wird das Grundgesetz als „Verfassung“ für den deutschen Weststaat BRD (Bundesrepublik Deutschland) verkündet und tritt damit in Kraft.

Der **erste deutsche Bundestag** wird am 14. August 1949 gewählt. Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 mit einer Stimme Mehrheit zum ersten Bundeskanzler der BRD gewählt (Präsident wurde Theodor Heuss, FDP). Er bildet eine Koalitionsregierung aus CDU, CSU, FDP und DP und leitet die Politik der Sozialen Marktwirtschaft ein, die Deutschland zum Wirtschaftswunder führt. Außerdem folgt er in seiner Politik den „3 Ws“, nämlich Westintegration, Wiederbewaffnung und der (hoffentlich) daraus folgenden Wiedervereinigung.